

138938-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in der Tragwerksplanung – Zusammenlegung / Erweiterung
Mittelschule Königsbrunn -Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021

OJ S 43/2025 03/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn

E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn -Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021

Beschreibung: Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn. Gegenstand der Beauftragung ist die Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021.

Kennung des Verfahrens: 543167cd-5c37-482d-9af6-94d180d194db

Interne Kennung: 252306

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86543 Königsbrunn. Gegenstand der Beauftragung ist die Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen,

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und

Prüfstellen, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71320000

Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DB35RKV Teilnahmeanträge und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform eingereicht werden. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabeplattform möglich. a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreibers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gilt folgende Regelung: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird, - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag (ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben) aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-,

Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechtgehalten wird.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) Erklärung Bezug Russland; j) Erklärung zum Masernschutz;

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn - Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI 2021.

Beschreibung: Die Stadt Königsbrunn plant die Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn. Gegenstand der Beauftragung sind Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI 2021, LPH 1-6 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch versch. besondere Leistungen beauftragt. Das Bauvorhaben soll als Clusterschule mit "Lernlandschaften" aufbauend auf einem pädagogischen Raumfunktionsbuch realisiert werden. Der voraussichtl. Raumbedarf liegt bei

einer 4- bis 5-zügigen Schule für 6 Jahrgangsstufen und 3-zügig für die M-Zug-Klassen. Zusätzlich sind Sonderklassen (wie Projektklassen, Deutschklassen etc.) vorgesehen. Ziel der Planung ist u.a. eine hohe Flexibilität der Räume nach dem Lernlandschaft-Konzept, das verschiedene pädagogische Ansätze ermöglicht. Das Projekt ist wirtschaftlich und nachhaltig umzusetzen, bei gleichz. hohem gestalterischem Anspruch. Für d. neue Mittelschule wird ein Gesamtkonzept entwickelt, bei dem d. Fachplaner frühzeitig eingebunden werden müssen. Die Haustechnik ist in das gestalterische Gesamtkonzept zu integrieren. Sichtbare techn. Dachaufbauten sind explizit unerwünscht. Der Rückbau der bestehenden Schule am Standort Nord ist nicht Teil dieser Beauftragung. Die Schüler des Standorts Süd werden während der Baumaßnahme an einem anderen Standort unterrichtet. Der zweigeschossige Bestandsbau (BJ 2005) bedarf e. energetischen Sanierung und e. neuen Fassade. Die neue Mittelschule ist in ihrer Gänze mind. im Energieeffizienzstandard 40 zu errichten (kommunale Vorgabe f. öff. Gebäude einschl. Generalsanier.). Die vorgehängte Aluminium-Fassade der Bestandsgebäude weist erhebliche Mängel der Befestigung auf. Sofern die Fassadengestaltung der Bestandsgebäude beibehalten wird, kommen auf den Tragwerksplaner tragwerksplaner. Leistungen zur Umsetzung einer tragfähigen Fassadenkonstruktion zu. Die Fachlehrsäle und die Verwaltungsräume sind zum größten Teil bereits im Bestandsbau vorhanden, sodass die aktuellen Räume des Bestands nur teilweise umstrukturiert werden müssen. Der Bestandsbau ist durch einen Erweiterungsanbau zu ergänzen. Die bestehende Zweifeldsporthalle soll um ein Feld, und die dazugehörigen Sanitär- und Nebenräume erweitert werden. Eine Unterkellerung ist nicht angedacht. Alle Gebäudeteile sind miteinander zu verbinden. Hierbei ist insbesondere auf die Gewährleistung des Brandschutzes bei der Verbindung zum Bestand zu achten. Ein Brandschutzplaner wird gesondert beauftragt. Die Auftraggeberin versucht, soweit möglich, auf den Einsatz von mechanischen Lüftungsanlagen zu verzichten. Ziel ist es in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachplanern ein Lüftungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen, welches eine gute Innenraumluftqualität gewährleistet. Primär sind für d. Mittelschule freie Lüftungskonzepte, Querlüftungskonzepte, Nachtauskühlungskonzepte und ggf. geregelte Fensterspaltlüftungskonzepte zu entwickeln. Mechan. Lüftungsanlagen oder Hybridlüftungssystemen sind nur in Bereichen, die mit freier Lüftung nicht belüftet werden können, vorzusehen. Bereitschaft zur Unterstützung e. innovativen, nachhalt. Lüftungskonzepts auf d. Basis freier Lüftung, u. größtmöglichem Verzicht auf mechan. Lüftungsanlagen, wird vorausgesetzt. Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist insbesond. d. Einsatz nachwachsender Rohstoffe, d. Förderung des kreislaufgerechten Bauens wie z.B. Demontagefähigkeit und Trennbarkeit von Konstruktionen und Einsatz von Recyclingbaustoffen in der Planung zu berücksichtigen. Abhängig vom planerischen Konzept des Objektplaners sind für den Erweiterungsbau ggf. vorgefertigte Elemente, Module, Wiederverwendung von Elementen aus Spendergebäuden im Rahmen des zirkulären Bauens etc. denkbar. Die anhand der Machbarkeitsstudie (MBS) der Auftraggeberin grob geschätzten Kosten der KG 300+400 liegen bei ca. 29,4 Mio. Euro inkl. 19% USt. In der 2. Verfahrensstufe wird der Lösungsvorschlag (planerisches Konzept) für den Umbau des Bestandgebäudes und die Erweiterung der Mittelschule samt Sporthalle des Verfahrenssiegers aus dem derzeit laufenden VgV-Verfahren für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, sowie das pädagogische Raumfunktionsbuch bereitgestellt. Dieser Lösungsvorschlag bildet die Grundlage für die Darlegung der Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe in der zweiten Verfahrensstufe. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dieser Lösungsvorschlag vollständig oder in Teilen realisiert wird. Eine vollständige oder teilw. Überarbeitung in der späteren Vorentwurfsplanung und ff. ist nicht ausgeschlossen. Die Auftraggeberin hatte das Büro GFM GmbH, Beratende Ingenieure, im Vorfeld dieser Maßnahme mit e. tragwerksplanerischen MBS zur möglichen Aufstockung d. Bestandsgebäude der Mittelschule

am Standort Süd beauftragt. Das Büro GFM GmbH, Beratende Ingenieure, gilt somit als vorbefasst. Sollte eine mögliche Bewerbung dieses Büros zu einer Einladung zur Vergabeverhandlung führen, wird diese MBS allen Teilnehmern der Vergabeverhandlung bestmöglich zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zu bringen. Auch ohne Teilnahme des vorbefassten Büros, werden die Unterlagen den Bietern bestmöglich zur Verfügung gestellt. E. Aufstockung ist jedoch nach derzeitigem Stand aus statischer und funktionaler Sicht nicht gewünscht. Des Weiteren werden in der 2. Verfahrensstufe allen Teilnehmern der Vergabeverhandlung Auszüge aus den statischen Unterlagen der Bestandsgebäude zur Verfügung gestellt. Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt. Bei der Fördermittelbeschaffung soll mitgewirkt werden. Die Einreichung des Förderantrags ist für September 2026 vorgesehen. Bis dahin muss der Bauantrag gestellt werden. Zeitschiene: Vergabeverhandlung voraussichtl. Sommer 2025; Auftragsvergabe u. darauffolgender Projektstart: Herbst 2025; geplanter Baubeginn: Frühjahr 2028; Fertigstellung: 1 Quartal 2031; späteste Nutzungsaufnahme: September 2031. Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Interne Kennung: TWP

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 51 f HOAI 2021 Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 51 f HOAI 2021 Stufe 3: LPH 5-6, gem. § 51 f HOAI 2021 Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 30/09/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/09/2031

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Freigabe durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabe projekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien
(Mindestanforderungen)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung des Bewerbers bzw. der
Bewerbergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der
Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1
Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 450.000 EUR brutto
im Leistungsbild Tragwerksplanung; b) Erklärung des Bewerbers zur
Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im TN-Antrag
über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung
über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 5.000.000 EUR für Sachschäden bei
einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines
Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die
Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft
zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht
älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung
des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen.
Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die
Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen
abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne
Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des
Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall
parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte
Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen
werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und
Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien
(Mindestanforderungen)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung d. Bewerbers bzw. der
Bewerbergemeinschaft über die Anzahl der technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter (bei
40 h / Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren
(2022, 2023, 2024) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches
Mittel von 4 techn. festangestellten VZ-MA inkl. Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild
Tragwerksplanung. Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer (UA) im Teilnahmeantrag
(TNA) aufzuführen. Die "Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen" gem. § 47 Abs. 1 VgV im
TNA unter Anl. 1 ist von den freien Mitarbeitern auszufüllen. b) Angabe der Fachkräfte gem. §
46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung d. Bewerbers über die Berufsqualifikation eines
Geschäftsführers oder einer Führungskraft gem. § 75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen

Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Ingenieur der Fachrichtung Bauingenieurwesen" o. vgl. gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz d. Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung als Nachweisberechtigter für Standsicherheit in der Ingenieurekammer und Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung "Ingenieur" nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbaren fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkenntnisrichtlinie - gewährleistet ist. c) Die Berufserfahrung des Geschäftsführers oder der Führungskraft [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter b)] im Leistungsbild Tragwerksplanung ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 8 Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder für die Führungskraft im Leistungsbild Tragwerksplanung.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Auswahlkriterien (Referenzbewertung)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe von 2 Referenzen (LPH 2-6) gem. § 75 Abs. 5 VgV. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.02.2019 - 31.01.2025 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen u. die LPH 6 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. ---

Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 1: - Bauvolumen brutto (KG 300 + 400) (max. Punktzahl bei mind. 15,0 Mio. EUR), - Honorarzone III (falls ja: volle Punktzahl) - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-6), - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). --- Folgende

Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 2: - Bauvolumen brutto (KG 300 + 400) (max. Punktzahl bei mind. 10,0 Mio. EUR), - Honorarzone III (falls ja: volle Punktzahl) - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-6), - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). --- Zusatzpunkte (es genügt, wenn die Unterkategorie jeweils bei einer wertbaren Referenz erfüllt ist) für:

Vergleichbarkeit der Aufgabenstellung: - Gegenstand eines der eingereichten

Referenzprojekte war die Tragwerksplanung bei einem Anbau an ein Bestandsgebäude (falls ja: volle Punktzahl), - Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte war die

Tragwerksplanung eines weitgespannten Tragwerks (z.B. Sporthalle) mit einer Spannweite von mind. 25 m (falls ja: volle Punktzahl), - Bei einem der eingereichten Referenzprojekte

wurde als Besondere Leistung die ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des

Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen gem. Anlage 14 HOAI LPH 8 beauftragt und selbst erbracht. (falls ja: volle Punktzahl); ----- Der Auftraggeber

behält sich vor, Bescheinigungen v. öffentlichen u. privaten Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der

Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Als Büroreferenz wird auch eine Referenz

gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den

Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 57,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: - wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, - technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mindestanforderungen und Referenzbewertung). ----- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ----- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

----- Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers zur Angebotswertung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächstplatzierte Büro zur Angebotswertung aufzufordern. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 38

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 21/03/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35RKV/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35RKV>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35RKV>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 31/03/2025 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insb. Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Verfahrensbedingungen: ----

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich ---- Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU)

2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an

Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bewerber müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den

Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im

Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben. ---- Entsprechend des Gesetzes für den

Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in

Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz,

Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bewerber müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Königsbrunn
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Königsbrunn
Beschaffungsdienstleister: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn
Registrierungsnummer: DE 127508059
Postanschrift: Marktplatz 7
Stadt: Königsbrunn
Postleitzahl: 86343
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de
Telefon: +49 8231 606-196

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH
Registrierungsnummer: DE 226852359

Postanschrift: Gögginger Straße 93
Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86199
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Frau Winkler / Frau Achim
E-Mail: vgv@meixner-partner.de
Telefon: +49 82150105-120
Fax: +49 82150105-10
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE 811335517
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekavergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 8921762411
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f59b1b52-bf2e-42e3-b82f-8a45c36b91b9 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/02/2025 08:53:52 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 138938-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 43/2025
Datum der Veröffentlichung: 03/03/2025